

# Der Deutsche Christarbeiter

Gehört wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierzehnlich 8.00 M. Abgegenreis. Die 6 geprägt. Millimeter reicht für Arbeitssachen 2.00 M. Gewichts- u. Privatansagen 4.00 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stephanstr. 17, Telefon 2366 und 2367. Schluss der Redaktion: Freitags morgens 11 Uhr. Geschäftsaufgaben u. Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 36.

Duisburg, den 9. September 1922

23. Jahrgang

## Der 10. Verbandstag unseres christlichen Metallarbeiterverbandes

Begrüßungssabend.

Folks, die Stadt des Apostels der Deutschen, der Tagungsstadt unserer zehnten Generalversammlung, hatte zur Begrüßung unserer zahlreichen Delegierten Festlichkeit angelegt und auf eine gästliche Aufnahme vorbereitet. Ein mächtiger Triumphwagen mit den Werkeichen des Metallarbeiterberufes und dem Verbandsymbol unseres Verbandes, dem kraftvollen Klingel mit dem Schmiedehammer, begrüßte am Eingang der Stadt die erschienenen Kollegen, die Samstags und Sonntags von nah und fern herbeigefürt waren.

Den prächtigen Aufzug zu den arbeitsreichen Tagen der Generalversammlung bildete am Sonntag, 20. August, die stimmungsvolle Begrüßungsfeier im vollbesetzten Stadtsaal, die ein Ehrenzeugnis für die Symmetrie war, die unser Christlicher Metallarbeiterverband gezeigt.

In der großen Schar der Gäste sah man als Vertreter des Hochw. Herrn Bischofs Domkapitular Dr. Thielemann, die Spiken der Stadt- und Kreisverwaltung, Oberbürgermeister Dr. Anton und Landrat Fr. v. Gagern, führende Persönlichkeiten in der christlichen Gewerkschaftsbewegung, Kollegen Postminister Hessels, Ministerpräsident a. D. Kollegen Stegerwald, August Brügel, den Führer der christlichen Bergarbeiter, der vor einigen Tagen seinen 80. Geburtstag feierte, ferner den Wohlfahrtsminister Kollegen Hirschfeld, jahrelange Vertreter der katholischen und der evangelischen Kirche, Pfarrer R. u. a. Diözesanräte des katholischen Kirchenvereins, die Parlamentarier Schwarz, Sieeler, Andre, Rehrl, Herbert, Kloft, vom Internationalen Arbeitsamt Genf war Kollege Henckel erdigten, unsere Botschaftere in Holland, Dänemark, Ungarn und Frankreich hatten ebenfalls Delegierte entsandt.

Kollege Schmidt, der Leiter der Verwaltungsstelle Fulda, begrüßte in einer herzlichen Ansprache die Erschienenen. Er würdigte vor allem die Arbeit der "Asten", besonders „unseren Franz“, der als Zentralvorstand des Christlichen Metallarbeiterverbandes seit dessen Gründung der bewährte Stegemann und sichere Führer des Verbandes gewesen ist. Der Christliche Metallarbeiterverband wolle an seinem Verbandstage geloben, im Geiste, in der Energie und im Idealismus der alten Gewerkschaftler zu arbeiten, damit die christliche Gewerkschaftsbewegung dem niedergeschlagenen Vaterlande und der Arbeiterschaft rechte Stütze und Hilfe sei.

Domkapitular Prof. Dr. Thielemann schenkte herzlichen Glück und Dank vom Hochw. Herrn Bischof, der die Reduzierungen des Verbandstages mit seinem größten Interesse und Fleißtenden Geist begleite. Domkapitular Dr. Thielemann, der an der christlichen Gewerkschaftsbewegung, wissenschaftlich interessierte Freund der christlichen Gewerkschaftsbewegung, fügte einige persönliche Dankesworte an und vertratete sich über den Sinn und die Ziele dieser Bewegung, die wie heute ihren Siegeslauf vollenden sehen. Heute sehen wir die jungen Führer von damals als Staats- und Reichsminister hier anwesend, um der Versammlung Glanz, der Bewegung Ansehen und Rückhalt zu geben. Auch die 10. Generalversammlung werde, wie zu erkennen ist, den christlichen Geist der Gewerkschaften weiter pflegen, auf daß sich unser armer Volk aus der Tiefe zu neuem Glanz erhebe.

Superintendent Hahl brachte namens des Fuldaer evangelischen Gemeinde und der evangelischen Verbandsmitglieder der Tagung Glück und Grußkommunion. Er hörte überzeugend die Bedeutung der christlichen Gewerkschaftsbewegung für unsere Zeit dar und die Notwendigkeit, daß christliche Grundsätze sich in der gesamten Arbeiterschaft verwirklichen sollen. Die Arbeiterschaft bedarf Bekennnis, muß gemeinschaftlich und einträchtig dem Heile auftreten, das sich die christlichen Gewerkschaften setzen. Dann werde ihr Werk Volk und Vaterland zum Segen gereissen.

Oberbürgermeister a. D. Anton, der nomens des Magistrats der Stadt Kiel und des Landrats Fr. v. Gagern formulierte fest, daß der dem Verbandstage vorliegende Geschäftsbericht erkennen läßt, wie lebensfrisch, wie lebenswarm und lebensfreudig der Christliche Metallarbeiterverband dasteht, der gemäßt habe und weiter mitsen wolle mit Gott zum Wohl des Arbeitersstandes und des Vaterlandes. Der Oberbürgermeister rief den Delegierten ein herzliches Willkommen in der schönen Stadt Fulda zu.

Herr Pfarrer Ruez-Kühne feierte die treue Waffenbrüderlichkeit zwischen den christlichen Gewerkschaften und den konfessionellen Arbeitervereinen und wünschte dem Christlichen Metallarbeiterverband, der allerzeit das Banne der christlichen Weltanschauung hochgehalten habe, ein weiteres Wachsen, Blühen und Gediehen.

Unser Zentralvorsitzender Franz Wieber, M. d. R., sprach in einer tiefempfundenen hinreichenden Weise über die deutsche Not und die Ausgaben des christl. Metallarbeiterverbandes, die

in die Worte auslang, welche mit sturmähnlichem Beifall aufgenommen wurden: „Es ist vor kurzem von höchster Stelle aus das Wort gefallen: Es ist tragisch, am Sterbebett eines großen Volkes zu stehen. Ich sage heute an dieser Stelle: Das deutsche Volk will nicht sterben, das deutsche Volk darf nicht sterben und das deutsche Volk wird nicht sterben, wenn wir es nicht wollen. Ein Volk von der Kulturbühne des deutschen Volkes befindet auch in der Niederlage noch viel. Es hat noch eine moralische Kraft in die Waagschale zu werfen, wenn es eintg. und geschlossen da steht und wenn jeder seine Pflicht tut.“ Die Ausführungen wurden mit der lebhaftesten Zustimmung aufgenommen.

Ein besonderer Platz wurde der Veranstaltung verschenkt durch die Mitwirkung des Chor der Christlichen Metallarbeiterverbandes Essen. Es war für die Teilnehmer sehr ein erlebener Genuss, einen vorzüglichen chöralischen Sängerchor zu hören, der ein über alle Stimmgattungen gleichmäßig ausdehnbartes, zu höchstem Stimmaufwand wie zu darterster Anstrengung befähigtes Material in sich vereinigt. Mußt besten Gehalts in besser Form bot die Gesangsdarbietung. Ein besonderes Lob gebührt seinem Dirigenten Kollegen Franz, Henkel. Der Fuldaer Männergesangverein „Winfridus“ gestaltete ebenfalls einige Lieder zu starker Eindringlichkeit und wirkungsvoller Wiederholung.

### Erster Verhandlungstag.

Am Montag, 21. August, begannen die eigentlichen Verhandlungen. Verbandsvorsitzender Kollege Wieber erging zunächst das Wort zu seiner Gründungsansprache.

Er begrüßte die wieder anstreblich erschienenen Gäste, wußte einen kurzen Rückblick auf den gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Weg, den die Arbeiterschaft im Laufe der letzten 50 Jahre durchschritten hat und wies nach, daß bei der Arbeiterschaft der materielle und kulturelle Fortschritt nicht denselbst gewesen wäre ohne die Gewerkschaftsbewegung. Darauf wurde zur Konstituierung der Generalversammlung geschritten. Kässes und Kommissionen wurden einstimmig wie folgt gewählt:

Vorsitzender: Franz Wieber und Schmidt-Duisburg.

Schriftführer: Kutsch-Essen, Bauer-München, Baus-

Saarbrücken, Borsig-Oberschleißheim.

Leitensführer: Billekens-Düsseldorf, Marthang-Frankfurt, Mandatsprüfungskommission: Grak-Düsseldorf, Schöffmann-Amberg, Admmer-Köln, Meier-Hagen, Winter-Berlin.

Redaktionskommission: Wieber jun., Mauer, Mehr-Duisburg, Hensmeier-Wilhelm.

Kommision zur Vorberatung der Anträge:

Sondermann-Rothenburg, Bitter-Dortmund, Kirchhoff-Duisburg, Hohn-Essen, Meier-Köln, Billekens-Düsseldorf, Boden-Opladen, Kröschken-Lüdens, Münster-Hagen, Rheydt-Menden, Otto-Siegen, Schäfer-Wetterauingen, Haag-Nürnberg, Delheid-Kennischen, Elara-Oberschleißheim, Weißpflog-Aue, Gum-Tuttlingen, Goldsmith-Danzig, Doktor-Bremen, Mittler-Berlin, Wieber, Schmidt, Burgatz, Schümmer, Uef, Gengler und Konrad.

Kontrollkommittee: Schmidt-Fulda.

Darauf entbot Mittlerpräsident a. D. Stegerwald, der Vorsitzende des deutschen Gewerkschaftsbundes, die höchsten Wünsche des deutschen Gewerkschaftsbundes zur 10. Generalversammlung: Stegerwald war in großer Freude vertreten, daß in der Gewerkschaftsordnung noch Neu-

land war und heute, wo die Gewerkschaftsbewegung in den Mittelpunkt des öffentlichen Lebens gerückt ist. Die deutsche Arbeiterschaft steht vor gewaltigen Aufgaben, die sie für den Neuaufbau Deutschlands zu leisten hat.

Die Neugestaltung des Staatsgebäudes darf nicht unter dem Geschäftswinkel des eigenen Betriebes oder der eigenen Interessen vor sich gehen, sondern muß einschließlich sein auf den allgemeinen sozialen Gedanken.

Die Neugestaltung der Wirtschaft kann nicht dem Kapitalismus oder dem Sozialismus überantwortet werden. Die Wirtschaftsordnung muß geregt werden nach sozialen Grundlinien, in denen die berechtigten Interessen aller Stände vertreten werden können.

Die Neugestaltung der Arbeitersbewegung kann nicht vor sich gehen in Klassekampfparteien, sondern nur in der Idee der Arbeiterschaft. Da hat die christliche Arbeiterschaft die größten Aufgaben zu erfüllen. Wenn in der deutschen Arbeiterschaft die Arbeitsgemeinschaften wirken können, so ist das zum größten Teil die Tat der christlichen Gewerkschaften.

Der Vertreter des Internat. Arbeitsamts in Genf, Kollege Hensmeier, überbrachte die Grüße des Herrn Wirtschaftsministers Dr. Brauns und des Internationalen Arbeitsamts.

Der Vertreter Frankreichs, Kollege Michaud, betonte unter starkem Beifall, daß Hoch, Zivilität und Unterdrückung die Wirtschaft der Welt wohl zerstören, daß sie aber nur gehoben werden könnte durch gegenseitiges Verstehen. Bei den leichten Zuständen seien die Arbeiter aller Länder die Leidtragenden und auf ihrem Rücken würden die Folgen der Politik angetragen.

Die Vertreter Ungarns, Hollands und Österreichs überbrachten ebenfalls die Grüße ihrer Organisationen.

Amtsgerichtsrat A. Ahlefeld, M. d. L., betonte unter Zustimmung der Generalversammlung, daß unser deutsches Volk mit wieder gelunden können in dem Verhältnis der einzelnen Stände: nicht im gegenseitigen Kampf, sondern nur unter Wahrung der berechtigten Interessen aller Stände des Volkes sei die Heilung zu finden. Einigkeit u. Pflichtgefühl sind die Waffe, auf denen das neue Deutschland gebaut werden kann.

Vorsitzender Schmidt, M. d. R., betonte unter Zustimmung der Generalversammlung, daß unser deutsches Volk mit wieder gelunden können in dem Verhältnis der einzelnen Stände: nicht im gegenseitigen Kampf, sondern nur unter Wahrung der berechtigten Interessen aller Stände des Volkes sei die Heilung zu finden. Einigkeit u. Pflichtgefühl sind die Waffe, auf denen das neue Deutschland gebaut werden kann.

Zugleich, M. d. R., einer der alten christl. Gewerkschaftsführer und der Mitbegründer des Gewerkschaftsverein christl. Bergarbeiter, sprach seine Freude darüber aus, an der Tagung teilnehmen zu können und wünschte besten Erfolg für die Generalversammlung.

Nachdem noch die Vertreter der Bruderverbände Wiedfeld vom Gewerkschaftsverein christl. Bergarbeiter, Breddemann vom Verband deutscher Techniker und vom deutschen Werkmeisterbund, Hesler vom Zentralverband deutscher Kleinsthändler, bei Generalversammlung ihre besten Grüße ausgesprochen hatten, fand die Vormittagsitzung ihr Ende.

In der Nachmittagsitzung erstattete der Rentekaufmannschaften die Kollege Wieber den Geschäftsbericht des Vorstandes über die Jahre 1920/21. In seinem Referat zeigte Kollege Wieber in großer Linie die Zusammenhänge zwischen den sozialpolitischen und wirtschaftlichen Fragen und dem, was die Arbeiterschaften dazu an lagen hat. Die Quellen unseres wirtschaftlichen Niedergangs sind der Versailler Zwangsvertrag und das Londoner Diktat. Sie haben auch die deutsche Arbeiterschaft in ein Jahr gebracht, wie es fürchterlich nicht gebrochen werden kann. Deutschland ist am zweiten, rund 100 Millionen Goldmark in Werten, und ihm genommen worden. Die Lebenshaltung des Volkes ist um mindestens 50 Prozent niedriger als vor dem Kriege, weil die Geldmittel fehlen, um den notwendigen Konsum zu befriedigen. Die Erfüllungsnöthe, die im Versailler Friedensvertrag liegt, bringt das deutsche Wirtschaftsleben zum Welblutten. Der Versailler Friedensvertrag muß revidiert und die Pflichten, die Deutschland zu erfüllen verlangen, müssen herabgestuft werden, wenn das deutsche Volk nicht zum Sterben verurteilt sein soll. Wir hoffen, daß das Wort des Reichskanzlers

„Ehr Rat für das Volk“

und erst dann Erfüllung der Reparationen“ auch in die Tat umgesetzt wird.

Das deutsche Wirtschaftsleben leidet durch die großen Abgaben in Kohlen und Röls, die einen Kohlemangel hervorrufen haben, der geradezu katastrophal wirkt. 30 Hochöfen sind infolge Kohlemangel ausgeblieben und die deutsche Metallindustrie, soweit sie besonders für den Export arbeitet, ist aus ebendemselben Gründe nicht in der Lage, ihre Kräfte voll auszunutzen, was für die deutsche Zahlungsschlank in den Exportländern in erschreckendem Maße zum Ausdruck kommt. Ausländische Rohstoffe, Kohle, Getreide usw. müssen mit riesigen Summen bezahlt werden, die in keinem Verhältnis mehr stehen zu den Ressourcen, die die deutsche Wirtschaft auszuführen in der Lage ist. Das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft stehen in einer Katastrophe, die nur durch

höchstes Misstrauen führen kann. Und aus dem Grunde sind wir als christliche Metallarbeiter gegen jeden wilden Streit

und gegen jeden Putsch aus politischen Gründen, weil sie das deutsche Wirtschaftsleben auf das schwierste

lädtigen. Aus dem gleichen Grunde stand der christliche Metallarbeiter sofort Seite an Seite mit dem Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter, als vor einigen Wochen ein unberechtigter, aus vidiaten Momenten herausbeschworner Streik den Ruhebergbau lahmlegen wollte, der nur durch das energische Durchgreifen der christlichen Gewerkschaften unterbunden wurde. In einem solchen Einsteigen für die deutsche Volkswirtschaft sollten sich alle anderen Stände ein Beispiel nehmen.

Aus innerer Einstellung stehen wir auch deshalb zum Gedanken der Arbeitsgemeinschaft.

Und lehnen den Klassenkampf ab. Selbstzerstreuung des deutschen Volkes in der Postkarte ist ein weiterer Hemmungsgrund für unser Aufkommen. In einer Zeit des allgemeinen Zusammenbruches sollte man zunächst doch nicht darum streiten, ob die Einrichtung so oder so wird, sondern zuerst dafür sorgen, daß das Haus erst wieder überhaupt aufgerichtet wird.

Die deutsche Wirtschaftslage in den Berichtsjahren zeigte besonders in der Metallindustrie starke Schwankungen, weil sie in erster Linie durch die verschiedenen Sanktionen betroffen war. Das Gerude über die hohen Löhne in der Metallindustrie ist durchaus unberechtigt und besonders das Schlagwort über die „hohen“ Jugendlöhne muß zurückgewiesen werden. Die Höchstlöhne dürfen nicht erst mit 22, 24 oder gar noch darüber beginnen, weil sonst den jugendlichen Arbeitern die Möglichkeit zur Haushalteinschaltung einfach genommen wird. Hinzu kommt des Tarifwesens bemerkte der Referent, daß in den Berichtsjahren allein 2000 Tarifveränderungen vorgenommen wurden. Die Lohnbewegungen nahmen infolge der riesigen Preisschwankungen ein schnelles Tempo an und es ist nur der Gewerkschaftsbewegung zu verdanken, wenn noch einigermaßen ein Ausgleich zwischen Preis und Lohn geschaffen werden konnte. Nach weiteren Ausführungen des Referenten über Mitgliederbewegung, Kassenverhältnisse schloß der Referent seine mit größtem Beifall aufgenommenen Worte. Wir kommen auf diesen Vortrag noch zurück.

**K e i c h s p o f t i n i s t e r K o l l e g e G i e s b e r t s** dankte für die freundliche Aufnahme und betonte, daß die Reichsregierung außerst dunkel in die Zukunft sehe. Nie sei die Lage so verzweigt gewesen wie jetzt. Das deutsche Volk hat an Sanktionen erfüllt, was es könnte, aber jetzt ist es zum Weißbluten gekommen.

Das deutsche Volk steht vor Ernährungsschwierigkeiten, die zu großen Verunsicherungen Anlaß geben. Und doch müßte es bei sozialistischem Zusammenleben möglich sein, das deutsche Volk zu ernähren. Das sollte allen zu denken geben. Man beweist von Ententeseite unsere Arbeitslust. Aber wir sind ja nicht arbeitsfähig, weil es unmöglich wird, Kapital zu beschaffen, Rohmaterialien im Ausland zu kaufen usw. Steht das deutsche Volk wirtschaftlich vor einer Katastrophe, so reicht es sich innerlich selbst aus. Statt politische Ruhe ist politische Gedehnge und Menschenmord in unserem unglücklichen Vaterlande eingetreten. Wenn das deutsche Volk sich schwer gegen soziale reaktionäre Bestrebungen richtet, dann soll es aber auch die Augen offen halten gegenüber dem Treiben der Industriaten — kommunistischen Kreise, die für die Zukunft unseres Volkes ebenso gefährlich sind. Unser sozialpolitisch und arbeitsrechtlich weit fortgeschrittenes Land lassen wir uns nicht unterdrücken. Reichsminister Kollege Giesberts wies in energischen Worten darauf hin, daß das deutsche Volk in allen seinen Sichtungen nur durch Pflichtgefühl und Hebung der Produktion gerettet werden könne.

Nach dem Reichsminister Giesberts gab der Hauptkassierer Kollege Herzog den Kassenbericht. Dann sprachen die Vertreter des Saargebietes, Danzigs und Oberschlesiens ihre stete Treue zum deutschen Vaterlande und zum deutschen Volke aus und gelobten, daß auch in den abgetretenen Gebieten der Christliche Metallarbeiterverband treu deutsch bleiben wird.

Im Anschluß daran setzte die allgemeine Diskussion über den Geschäftsbericht ein.

## Die Währungskatastrophe

Die große Notlage, die sich aus der Währungskatastrophe ergibt, hat die Gewerkschaften aller Richtungen verunsichert, besondere Vorschläge zur Überwindung dieser Not zu machen. Unser deutscher Gewerkschaftsbund hat dem Reichskabinett folgende Vorschläge unterbreitet:

### A. Währungspolitische Maßnahmen:

1. Es wird der Regierung dringend empfohlen, der Entente gegenüber im Sinne der Ausführungen des Herrn Reichskanzler, die er den englischen Pressevertretern als Antwort auf die Reden des französischen Ministerpräsidenten gemacht hat, schubzuladen.

2. Die Unmöglichkeit weiterer Goldzahlungen muß beiderseits mit heftigstem Material belegt, auf jede mögliche Art und Weise der Entente und dem ganzen Auslande gegenüber dokumentiert und propagiert werden.

3. Zur Stützung der Währung sollte deutscherseits eine Auslandsanleihe verfaßt werden. Die Auslandsanleihe könnte nur zum Zwecke der Beibehaltung des wirtschaftlich vertretbaren Devisenbedarfs dienen.

4. Zur Ableitung der Spekulationen und zur Herabsetzung der gehämmerten Geldbeträge sollte das Reich eine innere wertbeständige Leichte auslegen. Der Betrag dieser Leichte soll ebenfalls der Stützungsfunktion dienen.

5. Durch eine rigorose Nachkontrolle der Devisenmärkte ist der Anlauf von Devisen zu reinen Spekulationszwecken zu unterbinden bzw. zu erschweren.

### B. Finanz- und handelspolitische Maßnahmen:

1. Schnelle Kapazität der Einfuhrzölle an die Devisenlage nach den entstehenden Währungsschlag.

2. Sofortige Erhöhung der Ausfuhrabgaben nach den Vorschlägen des Reichswirtschaftsrats.

3. Gründliche Erfassung der Börsen- und Spekulationsgewinne.

4. Staffelung der Kursabfälle (Abbildung der Umfangsbelastung auf den hinzu zu erkennenden Ge-

für alle Luxus- und nicht lebensnotwendigen Waren, Herausziehung der Güte für lebensnotwendige Artikel.

5. Beschleunigte Einziehung der Einkommensteuer bzw. der übrigen infolge verspäteter Veranlagung noch nicht zur Erhebung gelangten Steuern.

6. Einführerverbote für Parfümerien, Teppiche, Luxusstoffe, Pelze, älterer Spirit, Weine, Most, Frühkartoffeln, Süßfrüchte, Gemüse, Käse und Tabakfertigfabrikate; starke Drosselung von sonstigen entbehrlichen Genussartikeln.

7. Entschiedene Maßnahmen gegen die steigende hohe Einfuhr von ausländischer Steinkohle, Zement und Eisen.

8. Entschiedene Vorgaben gegen Chamälosen Wucher.

### C. Ernährungspolitische Maßnahmen:

1. Sicherstellung des Bedarfs an Brot und Kartoffeln für die breitesten Volkskreise.

2. Förderung des unmittelbaren Verkehrs zwischen Erzeugern und Verbrauchern durch geeignete Maßnahmen (Unterstützung der Verarbeitungswirtschaft für Kartoffeln in Sonderheit durch Zwischenkredite).

3. Einwirkung auf die Gemeinden und Kreise, sich an den Kartoffelabschüssen rechtzeitig zu beteiligen und die Wiedererrichtung von Volksküchen in ernste Erwügung zu ziehen.

Empfehlung an die Besserer größerer Werke, ihren Arbeitnehmern Lohnvorschüsse zur Beschaffung von Kartoffelvorräten zu geben.

4. Höhere Ausmählung des Getreides.

5. Schärfste Überwachung des Viehhandels zur Verhütung von Export ins Ausland.

6. Beschränkung der Verbrennung von Kartoffeln, Getreide und Mais auf das Allernotwendigste.

7. Verbot des Verbrauchs von Inlandzucker zur Herstellung von Löffern, Konfitüren, Schokoladen usw.

8. Einwirkung auf die Länder und durch diese auf die Kommunalverwaltungen, Konzessionen auf Löffertuben und Schlemmerlose nicht mehr zu erteilen. Nachprüfung der bereits konzessionierten Löffertuben, Dielen und Schlemmerlose, inwieweit die Inhaber die Vorschriften über Wohnungswesen verletzt haben.

Durch die Entscheidung der Vorstaatlerkonferenz über Oberschlesien vom 20. Oktober 1921 wurden eine Anzahl Maßnahmen notwendig, um den Fortbestand des wirtschaftlichen und sozialen Lebens zu gewährleisten. Insbesondere sind der Arbeiterschaft Garantien gegeben worden, daß sie der Vorsteile der deutschen sozialen Gesetzgebung und ihrer gewerkschaftlichen Organisation nicht verlustig gehen können. Die Vorschriften der deutschen Gesetzgebung bleiben in dem an Polen gefallenen Teile so lange in Kraft, bis Polen gleichartige Gesetze im ganzen Lande einführt.

Polen hat das Recht, einen

### Einhaltung der deutschen Arbeitsgesetze

einzuführen, ohne deren Grundlage wesentlich anzutasten. Außerdem kann es die Gesetze, die Deutschland im deutsch gebliebenen Teil eingeführt hat, ebenfalls einführen. Damit sind der Arbeiterschaft im politisch gewordenen Teile alle früheren Rechte und Ansprüche aus der sozialen Gesetzgebung gesichert. Die Aenderung sonstiger Natur, wie Rechtsprechung, Leitung des Oberschlesischen Knapphaftratsvereins und einiger Krankenkassen bringen weder materielle noch ideelle Nachteile. Die einschlägigen Bestimmungen sind im Generalkommissariat 171 bis 215 niedergelegt.

Richt weniger wichtig sind die Bestimmungen über den Fortbestand der Gewerkschaften.

Kurz aber bestimmt sagt der Artikel 159, daß die deutsche und polnische Regierung für die Dauer von 15 Jahren die Arbeitergewerkschaften, die im Abstimmungsgebiet tätig sind, anerkennt. Das will heißen: „Der Arbeiter kann ohne Rücksicht auf seine Staatszugehörigkeit sich einer Organisation anschließen, welcher er will. Die Kooperationsfreiheit ist von beiden Staaten erkannt. Niemand hat das Recht (nach seinem Betriebstat) einen Arbeiter zu zwingen, in eine Organisation überzutreten, mit deren Programm und Grundsätzen er mit seiner Überzeugung im Widerspruch steht.“

Der

Charakter einer Arbeitnehmerbereinigung sowie die nähere Begriffsbestimmung ist in Artikel 161 niedergelegt. Es sind freiwillige Vereinigungen, die unter Abhaltung politischer Ziele, ausschließlich oder überwiegend sich nur mit der Regelung der Arbeitsverhältnisse durch den Tarifvertrag beschäftigen. Im übrigen bedenken sich die Bestimmungen mit dem Charakter derjenigen Organisationen, die in Oberschlesien zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengekommen sind und Tarifverträge mit dem Arbeitgeberverband abschließen. Es sind diese die Christlichen, Freien (sozialdemokratische), Kirch-Demokratische Gewerkschaften, Polnische Berufsvereinigung und Polnischer Zentralverband.

Obwohl die Generalkonferenz vom 20. Oktober 1921 die Anerkennung der deutschen Gewerkschaften durch die politische Regierung ausprägt, hatte die polnische Regierung dagegen schwere Bedenken. Sie glaubte, daß Einflüsse von außer polnischen Gewerkschaftszentralen der politischen Staatsgewalt gefährlich werden könnten. Es ist durch Verhandlungen gefunden, unter gewissen Bedingungen, diese Bedenken restlos auszuräumen.

Die deutschen Gewerkschaften sollen binnen drei Jahren in Polen-Oberschlesien je

### eine gesonderte Bezirkstelle

erreichten, die Arbeitnehmer der Staats- und Kommunalbetriebe sofort. Auch müssen sie eine gewisse Verhältnismäßigung geben, und dieselbe durch Zusatz ihrer Namensänderung auf den hinzu zu erkennenden Ge-

### D. Transportfragen:

1. Rechtzeitige Bereitstellung der Transportmittel für die Abfuhr der Güte.

2. Bei eintretender Wagenknappheit Durchführung eines Sperrns.

3. Schnellste Eindeckung der Eisenbahn mit den genügenden Kohlen.

4. Gewährung von Brümlen, die für das Eisenbahnpersonal einen Anteil für die höchste Unspannung ihrer Kräfte in der kritischen Zeit bieten.

### E. Maßnahmen zur Produktionsförderung:

a) in der Landwirtschaft

1. Ausgestaltung der Anfänge einer schon bestehenden Kreditorganisation zur Kreditierung von künstlichen Düngemitteln für die Landwirtschaft auf Grund von Wechseln unter Übernahme einer gewissen Reichsgarantie.

2. Maßnahmen zur Erhöhung der Stickstoffproduktion.

3. Ausnutzung der heimischen Phosphatkörper.

4. Unterstützung des landwirtschaftlichen Hilfsverehrs.

b) in Industrie und Gewerbe

1. Einwirkung der Regierung auf die deutschen Wirtschaftskreise, die Betriebe sowohl betriebs-technisch wie organisatorisch auf die größtmögliche Leistungsfähigkeit zu bringen.

2. Weiterführung von Verhandlungen mit den in den Schlüsselindustrien und im Transportwesen tätigen Arbeitnehmern zwangsweise Erzielung freiwilliger Überarbeit, um den von diesen Betrieben abhängigen Arbeitnehmern die Möglichkeit der vollständigen Nutzung der achtständigen Arbeitszeit zu verschaffen.

3. Vermehrung schematischer Erhöhung der Eisenbahntarife. Anpassung an die besonderen Abschlagsmöglichkeiten der einzelnen Produkte.

Inzwischen hat die Regierung Gelegenheit genommen, sich mit den Gewerkschaftsvertretern über die drohende Wirtschaftskatastrophe auszusprechen und die Behandlung der gemachten Vorschläge in den zuständigen Ressorts angefragt. Auch ein Ministrerrat unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten hat sich eingehend mit der ganzen Lage beschäftigt und eine Reihe von praktischen Maßnahmen im Sinne der gemachten Vorschläge in Aussicht gestellt.

## Die christlichen Gewerkschaften in Polnisch-Oberschlesien

Durch die Entscheidung der Vorstaatlerkonferenz über Oberschlesien vom 20. Oktober 1921 wurden eine Anzahl Maßnahmen notwendig, um den Fortbestand des wirtschaftlichen und sozialen Lebens zu gewährleisten. Insbesondere sind der Arbeiterschaft Garantien gegeben worden, daß sie der Vorsteile der deutschen sozialen Gesetzgebung und ihrer gewerkschaftlichen Organisation nicht verlustig gehen können. Die Vorschriften der deutschen Gesetzgebung bleiben in dem an Polen gefallenen Teile so lange in Kraft, bis Polen gleichartige Gesetze im ganzen Lande einführt.

wirtschaften kommt in Zukunft folgende Namensbezeichnung in Betracht: Gesamtvorstand der christlichen Gewerkschaften, Bezirk Oberschlesien. Ähnlich verfahren auch die Einzelverbände. So z. B. Gewerksverein christlicher Bergarbeiter Bezirk Oberschlesien, Christl. Metallarbeiterverband Bezirk Oberschlesien usw. Der Hauptzoll der Hauptgeschäftsstelle sowie der einzelnen Bezirksstellen ist in Katowic, Johannesstraße 10. Die Aufnahme und der Ausschluß von Mitgliedern obliegt allein diesen Bezirksstellen. Der Ausschluß von Tarifverträgen sowie die Teilnahme an Tarifverhandlungen obliegt nur den Gewerkschaftsvertretern in Oberschlesien. Sie können allein von der Behörde zur Rechenschaft gezogen werden.

Sehr wichtig ist auch der Artikel 164. Er behandelt das Vereins- und Versammlungsrecht.

Beides darf nicht beschränkt werden. Versammlungen können in der von den Teilnehmern gewünschten Sprache stattfinden. Sie brauchen nicht angemeldet, noch dürfen sie überwacht werden. Die oberschlesischen Verbände können sich zu gewerkschaftlichen Kartellen zusammenstellen und unter Aufrechterhaltung ihrer bisherigen Gewerkschaftsorganisation in jeder Weise mit ihren Zentralen verkehren, es sei denn, daß eine zeitweise Grenzsperrre diesen Verkehr vorübergehend unmöglich macht. Von Bedeutung ist nicht nur der persönliche, schriftliche und fernmündliche Verkehr, sondern auch der Austausch von Druckschriften jeder Art, worunter sich auch die Zustellung der Fachorgane von selbst ergibt. Eintragungen der Gewerkschaften in ein Register und ähnliche, dem Deutschen respektlose Maßnahmen dürfen von Polen nicht verlangt werden.

Die abgeschlossenen Tarifverträge können ihren Geltungsbereich nur innerhalb der Landesgrenze haben. Trotzdem ist es notwendig, im gesamten

Geltungsbereich einheitliche Tarifverträge zu erstreben. Zu bedauern ist der, nach unserer Ansicht zu früh erfolgte Beschuß des Arbeitgeberverbandes, getrennte Lohnverhandlungen und Tarifverträge im gesamten Geltungsbereich abzuschließen. Die Rechtsverbindlichkeit der Tarifverträge erfolgt in Zukunft nicht mehr vom Reichsarbeitsministerium, sondern von den beiden Bevollmächtigten für Arbeitsfragen, von denen der eine von Deutschland, der andere von Polen ernannt werden muß. Außerdem haben die beiden Bevollmächtigten bei Differenzen im Wirtschaftsleben auf eine Einigung durch Schlichtungsstellen hinzuwirken.

Alle Beschwerden auf arbeitsrechtlichem Gebiete von deutscher Seite sind an den deutschen Bevollmächtigten zu richten. Derselbe ist ein Oberschleifer, und zwar Regierungsrat Dr. B r a h n aus dem Reichsarbeitsministerium, ein geborener Laienbürger. Die christlichen Gewerkschaften haben bei seinem Amtsantritt ihre Stellungnahme dargelegt. Wir verlangen trotz der Teilung Oberschlesiens einheitliche Tarifverträge. Große Lohnunterschiede sind für beide Teile schädlich. Bei weitem geringeren Löhnen im polnischen Teile würde sich eine Abwanderung ergeben, die im deutschen Teile unübersehbare Schwierigkeiten hervorrufen würde. Die christlichen Gewerkschaften werden an der Errichtung der neuen Verhältnisse jederzeit tatkräftig mitarbeiten und ihren Mitgliedern ein Bewußtsein ihrer Rechte und ein Vertrauen ihrer Anliegen sein, vorausgesetzt, daß die Mitglieder ihnen die Treue halten. Wir wollen hoffen, daß der begonnene Siegeszug der Vernunft einen Strich unter die Vergangenheit macht, und daß beide Teile bewußt werden, daß nur ein einträchtiges Zusammenarbeiten die Wohlfahrt in Oberschlesien verbürgt.

## 16 Mark Stundenlohn — oder der Gegen des Sozialismus

Über die Segnungen des Sozialismus ist schon hinlänglich genug bekannt geworden, von den Experimenten in Rußland angefangen bis zu den unzähligen Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen, bei denen der „Sozialismus“ die große Rolle spielt. Leichtlich ist aber ein Fall aus der sozialistisch regierten Gemeinde Bergslagen bei Dortmund vorgekommen, (Duisburger Volkszeitung, 1. September), der an Schriftstellergeist Stumms felige Hera weit hinter sich lässt. Da ist also ein Gemeindearbeiter, dem fast sämtliche Arbeiten obliegen in der Gemeinde, die nicht an private Unternehmer vergeben werden können. Er erhielt dafür den horrenden Lohn von 12,50 M pro Stunde. Da Allzöhlöhne mit ihm vereinbart waren, kam er vielleicht auf 2,50 M höher.

Befragter Gemeindearbeiter hatte nun den unglichen Einfall, etwas mehr für seine Arbeit zu verlangen und zwar 20 M die Stunde. Da lief er aber schön an. Der berühmte sozialistische Geist mußte doch zeigen, daß er auch sparen konnte. Also fing er, wie jeder Schriftsteller, beim Lohn des Arbeiters an zu sparen und gewährte diesem gütigst 16 M die Stunde mit der großkapitalistischen Begründung, daß der Mann ja nicht nur vom Gemeindelohn lebe, sondern daß er auch noch 3 Morgen Land und eine Kuh habe.

Also weil der Gemeindearbeiter ein Stück Land und eine Kuh hat, deshalb kann er nur einen Lohn beanspruchen, der weit unter dem Tarif liegt.

Man sieht, die Herren, die sonst im Kampf gegen Schriftsteller nur so überschlagen, nehmen schnell die Alltäglichkeiten der Herren an, wenn sie selbst einmal zu Amt und Würden gekommen sind. Sozialistische hochgelörmene Arbeiter sind es, die so handeln. Diesen Fall wird man sich gut merken müssen.

## Streiflichter

**Wasser in den Sozialisierungswegen**  
gibt in der letzten Nummer der von dem früheren Sozialisten Richard Falter begründeten Zeitschrift „Die Konjunktur“ der heutige Herausgeber W. Vogel. Er schreibt u. a. folgendes:

„Man kann heute schon die sozialistischen Parteien dazu beflügeln, daß es ihnen nicht gelungen ist, die Sozialisierung des Bergbaues auf den ersten Anhieb zu verwirklichen. Andernfalls wäre der Staat als Träger der Wirtschaftspolitik außer allem anderen Unglück auch noch für die uns bedrohende Kohlennot verantwortlich. Es ist auffallend, daß die noch vor einem Jahr so ehrlichen Vorläufer der Sozialisierung gegenwärtig so still geworden sind und daß sie es reinlich vermieden, zu der jetzt entstandenen Lage am deutschen Kohlenmarkt Stellung zu nehmen. Ich glaube nicht, daß der Staat dem sozialisierten Bergbau gegenüber hätte so gleichmäßig bleiben können. Er hätte jedenfalls Mittel und Wege finden müssen, um die Kohlenproduktion Deutschlands im Einlang mit dem Kohlenbedarf zu bringen. Es wäre dann nicht mehr möglich gewesen, die Schuld für die Verminderung der Produktion den Arbeitgebern zuzuladen; andererseits erscheint es mir aber auch sehr zweifelhaft, ob der sozialisierte Bergbau seinen Arbeitern hätte höhere Löhne gewähren können als sie heute beziehen. Ich glaube, man hätte sich, um ein furchtbare Rüstung der Sozialisierung zu vermeiden, doch genötigt gefehlt, die Bergarbeiter zu einer stärkeren außergewöhnlichen Arbeitsleistung zu bewegen.“

Das ist ziemlich deutlich gesprochen, wird aber die kommunistischen „Vollwirtschaftler“ nicht abhalten, den Agitationskampf der Sozialisierung weiter zu benutzen.

### Arbeiterbanken.

Die Schweiz begann damit und hatte Erfolge. In Deutschland gründeten die christlichen Gewerkschaften und der Deutsche Gewerkschaftsbund die „Vollbank“, die günstig arbeitet und deren Aktienkapital schon 50 Millionen Mark beträgt. In Österreich folgten die Sozialisten, denen die deutschen Sozialisten nicht nachstehen wollten. Jetzt kommt die Meldung aus Amerika, daß der Kongress des Verbandes der Transportangestellten beschlossen hat, eine eigene Bank zu errichten. Das Kapital wurde auf 50 000 Dollar festgesetzt. 51 Prozent verbleiben im Besitz des Hauptvorstandes, die restlichen 49 Prozent werden nur an die Mitglieder der Organisation abgegeben.

Die Arbeiterbanken sind erfreuliche Zeichen einer Wirtschaftsbeteiligung der Arbeiterschaft, um durch sie — wenigstens soweit die christlichen Gewerkschaften in Frage kommen — an dem inneren Gesundungsprozeß der Wirtschaft mitzuverarbeiten.

## Wirtschaft und Technik

### Elektrische Spannungen von 1 Million Volt.

Die höchste elektrische Spannung, über welche man bisher in manchen Laboratorien verfügte, war rund 500 000 Volt; sie wurde durch sogenannte Brüstransformatoren geliefert, die hauptsächlich in den Prüfräumen der Fabriken zur Herstellung von Porzellansolatoren Aufstellung fanden. Es bestand zwar die Möglichkeit, durch Hintereinanderschaltung von zwei Transformatoren für 500 000 Volt gegen Erde eine Spannung von 1 000 000 Volt zwischen den Klemmen zu erreichen, es ist dies jedoch, soviel ich weiß, nie gemacht worden. Nun kommt aus den Vereinigten Staaten die Nachricht, daß es einer der ersten Elektrotechnikfirmen des Landes

in seinem Haushalt sollte eine Schwarzwälder Kuckucksuhr fehlen!

Ich lieferne solche in Friedensqualität, solid und dauerhaft bearbeitet, mit la. Messingwerk, halbstündig einmal und ständig die volle Stundenzahl „Kuckuck“ rufend für nur M. 400,- das Stück. Versand der Nachnahme, Porto und Verpackung werden nicht berechnet. Zahlreiche frewillige Dankeskarten bestehen Sie sofort, bevor der Vorrat verkannt ist! Erich Lutz, Leipzig-R. 3, Elsässerstr. 6

**Neu erschienen:**  
**Ritter Taschenbuch**  
für den Dreher und Schlosser des Maschinenbaus. Mit vielen Tabellen und Abbildungen. A. Ritter, Obernigk bei Breslau. Preis geh. 55 M. und Versandkosten.

des gelungen ist, eine verlustweise errichtete kleine Kraftübertragungsanlage mit einer Leistungspannung von einer Million Volt zu betreiben. Diese Versuche hängen offenbar mit Projekten zusammen, bedeutende Energiemengen auf immer größere Entfernung zu übertragen, wozu immer höhere Spannungen erforderlich werden. Es handelt sich vor allem darum, zu untersuchen, ob die bisher verwendeten, zum Teil empirisch gewonnenen Formeln auch noch für solche hohen Spannungsbereiche Gültigkeit besitzen und ob nicht bestimmte Einflüsse, die bei den niedrigeren Spannungen nicht stark in die Erscheinung treten, bei diesen Höhenspannungen einen Betrieb praktisch oder wirtschaftlich unmöglich machen. Die Versuche führen, wie die „Rh.-Westf. Zeitung“ berichtet, zu dem wertvollen Ergebnis, daß es nicht ausgeschlossen erscheint, einmal eine Spannung von 1 Million Volt anzuwenden. Ob man in den nächsten 20 Jahren derartige Anlagen tatsächlich bauen wird, ist schwer zu sagen. Es sei in dieser Beziehung daran erinnert, daß vor etwa 40 Jahren noch eine Leistungspannung von 220 Volt als die äußerste Grenze des praktisch Durchführbaren angesehen wurde, und heute sind bereits zwei große Anlagen im Bau, die mit 220 000 Volt betrieben werden sollen. Vor noch nicht 20 Jahren hatte man eine solche Spannung als sensationell und als lediglich im Laboratorium möglich angesehen. Bei der Verwendung von 1 Million Volt zeigt es sich, daß falls Spulenleiterboden benutzt würden, die größte Entfernung, auf welche noch Lichtbögen überbrückt, etwa 2,5 Meter betrug. Wurde bei den Versuchen eine Kette von 18 Hängesolatoren angewendet, so begannen die Entladungen bei 900 000 Volt; erhöhte man die Zahl auf 21, so genügte dies, um die Spannung von 1 100 000 Volt aufrecht zu erhalten ohne daß Lichtbögen sich bildeten. Die Verluste bezüglich der Corona-Verluste — Verluste, die bei feuchtem Wetter durch Glittentladungen zwischen den Leitungen auftreten — wurden an zwei parallelen Aufstrebungen angestellt, die genügend Abstand besaßen, um das Auftreten von Lichtbögen zu verhindern. Hatten diese Röhren einen Durchmesser von 8 Zentimeter, so trat bei trockener Luft bis gegen 900 000 Volt keine Corona-Wirkung ein. Dies stimmte gut mit der Berechnung aus den für niedrigere Spannungen verwendeten empirischen Formeln überein. Ging man bei den Versuchen noch weiter, so stellte es sich heraus, daß ein Mindestdurchmesser von 10 Zentimeter nötig wurde, um den Corona-Effekt selbst bei Spannungen von 1 100 000 Volt zu unterdrücken.

### Die neue Schrotverordnung.

In seiner letzten Sitzung hat der Reichstag die Verordnung zur Regelung der Schrotwirtschaft debattierlos angenommen. Es ist anzunehmen, daß der Reichswirtschaftsminister auch von der bereits bestehenden „Verordnung über die Festsetzung von Höchstpreisen für Schrot vom 5. Februar 1921“ (Rahmenverordnung) Gebrauch machen wird. Zunächst dürfte gemäß Art. 9 der angenommenen Schrotverordnung die Einberufung der Ausschüsse des Eisenwirtschaftsbundes erfolgen zwecks Bildung eines Beirats aus höchstens 12 Fachleuten in gleicher Anzahl aus den Kreisen der Unternehmer und Arbeitnehmer, welche der Reichskommissar für Eisenwirtschaft von Enteignungen und vor der Festsetzung von Liefernahmepreisen „hören“ soll.

## Kurze Notizen

### Einzelheiten und Statistiken.

Das eständische Geld wird vorzugsweise in Deutschland geprägt werden.

Bereits am 7. August kostete eine Rolle von 1000 Meter Übergarn 124.— M. Das ist mehr als das 450fache des Friedenspreises und dürfte die absolut höchste Preiserhöhung von allen Waren darstellen.

In Petersburg gibt es 40 000 Arbeitslose, fast ebenso viele in Moskau.

Gemäß § 5 des Gesetzes über „Enteignungen und Entschädigungen aus Anlaß des Friedensvertrages“ werden eine größere Anzahl von Schlepperdampfern, Schuten, Räthen usw. enteignet.

Die Gesamtentnahmen der deutschen Sportfassen betrugen Juni 1922 = 52,8 Milliarden Mark.

Die Gesamtausgaben des Reiches vom 1. April bis 31. Juli betrugen 107 Milliarden Mark.

Die Großhandelspreise im Zuständigkeitsbereich aller Waren betrugen 9957, das sind 40 v. H. mehr als im Zuständigkeitsbereich.

Der industrielle Kapitalbedarf Deutschlands betrug im Juli 1604 Mill. Mark (März 4175 Mill. Mark)

Mitte August kostete die Rohbaumwolle in Bremen (fully midd.) um 430.— M. p. kg.

Die Parität der österreichischen Krone betrug in der 3. Augustwoche 10 900.

In Wien sind in den letzten Tagen die Lebensmittelpreise um 50–100 v. H. gestiegen. 1 Brot kostet 3000 Kr., 1 Kilo Schweinefleisch 30 000 Kr.

Die Weltsojaexportation 1921/22 betrug 18,5 Mill. Sad.

Das Heft Nr. 13 von „Wirtschaft und Statistik“ gibt die Ernährungsindizes der verschiedenen außerdeutschen Staaten für Mai. Diese betragen (1913 = 100 gerechnet) Indien 158, Betschweiz 136, Niederlande 140, England 170, Schweden 178, Frankreich 317, Italien 522, Polen 101 458.

Die Bedeutung der Industriegewerbe in der Tschechoslowakei Ende Juli hat eine sehr erhebliche Senkung der Lebensmittelpreise ausgelöst.

## Bekanntmachungen

Da die Beiträge immer eine Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 10. September der 37. Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 10. bis 16. September.

Es erhalten die Genehmigung zur Erhebung der bei Losen liegenden Beiträge.

Ortsverwaltung: Bielefeld.

Nichtbezahlung hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Leider hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Die Genehmigung zur Erhebung der bei Losen liegenden Beiträge.

Ortsverwaltung: Bielefeld.

Nichtbezahlung hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Leider hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Die Genehmigung zur Erhebung der bei Losen liegenden Beiträge.

Ortsverwaltung: Bielefeld.

Nichtbezahlung hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Leider hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Die Genehmigung zur Erhebung der bei Losen liegenden Beiträge.

Ortsverwaltung: Bielefeld.

Nichtbezahlung hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Leider hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Die Genehmigung zur Erhebung der bei Losen liegenden Beiträge.

Ortsverwaltung: Bielefeld.

Nichtbezahlung hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Leider hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Die Genehmigung zur Erhebung der bei Losen liegenden Beiträge.

Ortsverwaltung: Bielefeld.

Nichtbezahlung hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Leider hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Die Genehmigung zur Erhebung der bei Losen liegenden Beiträge.

Ortsverwaltung: Bielefeld.

Nichtbezahlung hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Leider hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Die Genehmigung zur Erhebung der bei Losen liegenden Beiträge.

Ortsverwaltung: Bielefeld.

Nichtbezahlung hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Leider hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Die Genehmigung zur Erhebung der bei Losen liegenden Beiträge.

Ortsverwaltung: Bielefeld.

Nichtbezahlung hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Leider hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Die Genehmigung zur Erhebung der bei Losen liegenden Beiträge.

Ortsverwaltung: Bielefeld.

Nichtbezahlung hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Leider hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Die Genehmigung zur Erhebung der bei Losen liegenden Beiträge.

Ortsverwaltung: Bielefeld.

Nichtbezahlung hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Leider hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Die Genehmigung zur Erhebung der bei Losen liegenden Beiträge.

Ortsverwaltung: Bielefeld.

Nichtbezahlung hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Leider hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Die Genehmigung zur Erhebung der bei Losen liegenden Beiträge.

Ortsverwaltung: Bielefeld.

Nichtbezahlung hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Leider hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Die Genehmigung zur Erhebung der bei Losen liegenden Beiträge.

Ortsverwaltung: Bielefeld.

Nichtbezahlung hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Leider hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Die Genehmigung zur Erhebung der bei Losen liegenden Beiträge.

Ortsverwaltung: Bielefeld.

Nichtbezahlung hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Leider hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Die Genehmigung zur Erhebung der bei Losen liegenden Beiträge.

Ortsverwaltung: Bielefeld.

Nichtbezahlung hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

# Für unsere Betriebsräte

## Die Unternehmungsformen im Handel und Industrie

Von Dr. Reich, Carsten in Schlesien.

In der heutigen Zeit besteht aus steuerlichen und wirtschaftlichen Gründen eine große Neigung zur Umwandlung bestehender Maschinenfabriken in andere Unternehmungsformen, da bei der annehmenden Kapitalnot, dem teuren Bankkredit und dem gestiegenen Wagnis gegenüber der unsicheren Zukunft Kapitalbeschaffung und Haftungsbeschränkung zugleich erzielt werden. Bislang wurden die Unternehmungsformen nur vom Standpunkt des Geldgebers, des schuldberügtigen Gesellschafters und des Käufleins aus betrachtet, namentlich ihre Formalismen, Organe, Rechtsverhältnisse im Innern und nach Außen erörtert. Auf Grund der gegebenen Besinnungen und der praktischen Erfahrungen soll hier einmal versucht werden, die Unternehmungsformen ihrer Vor- und Nachteile und ihre Unwendbarkeit zu betrachten.

### Die Unternehmungsformen in der deutschen Industrie.

Ableitertafel 1. Nach der Zahl der Betriebe. — Quelle: Gewerbliche Betriebsstatistik von 1907, Bl. II, S. 14.

Gesamte Industrie	Insgesamt	Eingeschlossene	Offene Handels-	Kommunale	Kleinere	Kommunale	Eingeschlossene	G. m. b. H.	Parteienrechtlich
		Gesellschaften	Gesellschaften	Gesellschaften	Gesellschaften	Gesellschaften	Gesellschaften		Gesellschaften
Insgesamt . . .	1 088 139	969 259	48 079	920	5 495	177	2 994	6 499	487
v. H.	100	92,8	4,6	0,1	0,5	0,01	0,3	0,6	0,04
bis 10 Personen . . .	928 501	893 258	23 701	122	749	15	2 559	1 648	44
v. H.	100	96,2	2,6	0,01	0,08	—	0,3	0,2	—
über 10 Personen . . .	109 638	70 001	24 308	798	4 745	162	435	4 841	428
v. H.	100	63,8	22,2	0,7	4,3	0,01	0,4	4,4	0,4
<b>Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate.</b>									
Insgesamt . . .	52 458	45 145	3 635	109	983	18	37	1 100	3
v. H.	100	86,1	6,9	0,2	1,8	0,02	0,1	21	—
bis 10 Personen . . .	49 411	40 655	1 409	8	215	3	21	298	1
v. H.	100	98,7	3,2	0,01	0,5	—	0,04	0,7	—
über 10 Personen . . .	9 047	4 490	2 226	101	748	10	16	802	2
v. H.	100	49,6	24,6	1,1	8,3	0,1	0,2	8,9	0,02

Ableitertafel 2. Nach der Zahl der Beschäftigten. — Quelle: Gewerbliche Betriebsstatistik von 1907, Bl. II, S. 14.

Gesamte Industrie	Insgesamt	5 235 558	1 775 660	113 430	1 659 519	42 766	25 47	472 146	229 734
		v. H.			v. H.				
Insgesamt . . .	9 886 298	5 235 558	1 775 660	113 430	1 659 519	42 766	25 47	472 146	229 734
v. H.	100	53,0	18,0	1,1	15,0	0,4	0,3	4,8	2,3
bis 10 Personen . . .	2 875 272	2 720 175	107 510	698	4 291	87	8 957	8 610	292
v. H.	100	94,6	3,7	0,02	0,1	—	0,3	0,9	0,01
über 10 Personen . . .	7 011 028	2 516 383	1 667 558	112 732	1 655 238	42 699	16 444	483 536	229 442
v. H.	100	35,9	23,8	1,6	22,2	0,6	0,2	6,6	3,3
<b>Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate.</b>									
Insgesamt . . .	1 133 963	324 651	205 984	14 866	346 075	7 859	699	100 568	620
v. H.	100	28,6	18,2	1,3	30,5	0,7	0,1	8,9	0,1
bis 10 Personen . . .	130 764	117 440	6 928	53	1 270	17	102	1 694	5
v. H.	100	89,8	5,3	0,1	1,0	0,01	0,1	1,2	—
über 10 Personen . . .	1 003 199	207 211	190 016	14 613	344 804	7 842	597	98 932	615
v. H.	100	20,7	19,8	1,5	34,4	0,8	0,1	9,9	0,1

Über die Verbreitung der Unternehmungsformen sind wir auf die allerdings inzwischen veraltete Berufs- und Betriebszählung vom Jahre 1907 angewiesen. Ableitertafel 1 und 2 geben eine Übersicht über die Unternehmungsformen nach der Zahl der Betriebe und der Beschäftigten für die gesamte Industrie einschließlich Bergbau und Baumgewerbe, sowie für die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate einschl. Elektrotechnik und Fahrzeugbau im besonderen.

Die offiziell vom Verein Deutscher Maschinenbau-Instituten, Charlottenburg, verantworfte Statistik der angehörenden Werke des deutschen Maschinenbaus ist in der folgenden Ableitertafel wiederzugeben.

Zahlentafel 3 (Stand vom 1. Juli 1921)

	Zahl der Betriebe	v. %	Betriebe	Beamte	insgesamt	v. %
Waffen-Gesellschaften . . .	258	27,3	242 638	19 171	201 807	63,6
Gesellschaften mit beschrankter Haftung . . .	207	21,8	52 416	9 808	62 224	13,6
Offene Handelsgesellschaften . . .	227	23,9	38 508	8 191	46 699	10,2
Kommunale Gesellschaften . . .	49	5,2	14 204	2 788	16 990	3,7
Eingeschlossene . . .	203	21,4	32 675	6 064	38 739	8,5
Gewerkschaften . . .	3	0,3	1 514	297	1 801	0,4
Kommunale Gesellschaften auf Aktien . . .	1	0,1	100	47	156	0,9
Insgesamt . . .	910	100,0	382 082	76 354	458 416	100,0

Zu anderen Arbeitsergebnissen führt als Erstes für die leider fehlende amtliche Zählung aus neuerer Zeit die Statistik über die dem Verein Deutscher Maschinenbau-Instituten, Charlottenburg angehörenden Mitgliedsfirmen, die meist mehr als 50 Arbeiter beschäftigen, so daß also die Handwerksbetriebe und die Außenleiter nicht mit umfaßt werden.

Bei der Auswahl der Unternehmungsform sind die Gründer gemeinsam ganz frei, vielmehr darf beeinflußt durch ihren Kapitalbedarf und Kredit, durch ihre technische und kaufmännische Tüchtigkeit und Erziehung, durch ihre Unternehmenslust und durch die Verhältnisse des Wettbewerbs und des Absatzes. Innerhalb des Maschinenbaus gibt es keineswegs Unternehmungen die sich nicht für alle Unternehmungsformen in gleicher Weise eignen. Die Unternehmungsform muß sich daher dem Geiststand des Unternehmens anpassen. Industriebetrieben, die sich beim Anfang von Rohstoffen und beim Verkauf ihrer Erzeugnisse nach schnell wechselnden Marktverhältnissen richten müssen, können nur unter einer rasch wechselnden Zeitung gedeihen. Neue Unternehmungsformen, die einen vermehrten Kaufmännischen Betriebsorganisationsgrad haben, passen nur für Unternehmungen deren Geschäft sich in regelmäßiger Form langsam abwickeln, wie z. B. bei Großunternehmen, die Rohstoff- und Weiterverarbeitungsbetriebe umfassen und im allgemeinen von industriellem Einflüssen bestreift sind.

Das persönliche Interesse des Unternehmers am Geschäft ist am größten bei der Einzelfirma, bei den Gesellschaften der offenen Handelsgesellschaft und den persönlich handelnden Gesellschaften der Kommunalgemeinschaft, da sie den Gründern des Geschäftes mit ihrem ganzen Vermögen dienen. Kleine Unternehmungsform

die wirtschaftlichkeit und steuerlich zweckmäßigste<sup>1)</sup> ist, kann nun von Fall zu Fall entschieden werden.

<sup>1)</sup> Nach dem Einkommensteuergesetz müssen die Arbeitgeber eine Einzelfirma, einer offenen Handelsgesellschaft, einer Kommanditgesellschaft und eines örtlichen Unternehmens den ganzen auf sie entfallenden Gewinn als Einkommen versteuern; einen Unternehmer zwischen dem verteilten und dem nicht ausgeschütteten Gewinn gibt es nicht. Nach § 12 des Körperschaftsteuergesetzes werden vom Betrieb von der Gesellschaft m. b. H. erzielten Gewinn 10 v. H. als Körperschaftsteuer erhoben, dazu kommt von dem verteilten Gewinn, sofern er mehr als 3 v. H. des Grund- oder Stammkapitals ausmacht, ein Zuschlag von 4 bis 10 v. H. zusammen einem höchstens 20 v. H. Der Gewinnanteil des Gesellschafters untersteht allerdings grundsätzlich auch der Kapitalertragsteuer. Sedach macht § 3. Absatz 1, Ziffer 5 des Körperschaftsteuergesetzes hierzu zugunsten der G. m. b. H. zwei wichtige Ausnahmen. Von der Kapitalertragsteuer sind betreut die Gewinnanteile der Gesellschafter von solchen Gesellschaften m. b. H., deren Stamkkapital nicht mehr als 800 000 M. beträgt, oder bei denen ohne Rücksicht auf die Höhe des Stamkkapitals abweichen von Scheiben und Kindern der Gesellschafter nicht mehr als drei Gesellschafter bestehen und in Gesellschaftern lediglich Gesellschafter bestimmt sind.

Nach dem Gesetz über Abänderungen im Finanzwesen vom 8. April 1922 erhält die Körperschaftsteuer 20 v. H. des gesamten steuerbaren Einkommens und außerdem nochmals 15 v. H. novem als Gewinnanteil ausgewiesener Betriebe. Durch die Novelle zum Einkommensteuergesetz vom 20. Dezember 1921 sind die anfangs hohen Steuerfälle erheblich ermäßigt worden, so daß zu Übereinstimmung der Gewerbesteuern und Umlaufsteuern zurückgegangen ist.

### Hinzuziehung der Betriebsvertretungen bei Betriebsgewerbeaufsichtsbeamten durch die Gewerbeaufsichtsbeamten.

Der Minister für Handel und Gewerbe gab folgenden wichtigen Erlass heraus:

Nr. III 5512.

An die Herren Regierungsressorten und den Herrn Polizeipräsidenten, Herr.

(H.M. S. 125.)

In dem Erlass vom 12. März 1919 III 1591 — (Gesetzl. S. 8) hatte ich die Gewerbeaufsichtsbeamten angewiesen, von ihrer Beauftragten, mit den Arbeiterausschüssen im Kessel des Arbeiters über mit beiden Teilen allein zu verhandeln und zu diesem Zweck die Arbeiterausschüsse einzuberufen, bei den Betriebsbesichtigungen ausgiebig Gebrauch zu machen und, daß dies geschehen sei, und welche Unterlagen, Ratschläge und Anstöße ihnen dabei von den Arbeiterausschüssen gegeben werden seien, im Revolutionsnotzettel zu vermerken. Ich habe Anlaß, darauf hinzuweisen, daß diese Anordnung sinnvoll auch weiterhin zu gestalten hat, nachdem die Arbeitnehmervertretungen durch das Betriebsratgesetz vom 4. Februar 1920 (Reichsgesetzbl. S. 147) weiter ausgebaut worden sind. Vor allem lege ich Wert darauf, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten bei der Untersuchung von Beschwerden über ungewöhnliche Arbeitszeit oder sonstige behauptete Mißstände in den gewerblichen Betrieben einschließlich der Handwerksbetriebe neben der Betriebsleitung grundsätzlich auch die Betriebsvertretung (Betriebsrat, Arbeiterrat, Angestelltenrat, Betriebsobmann) hören. Im allgemeinen wird es genügen, soweit nicht lediglich der Betriebsobmann in Frage kommt, nur den Vorsitzenden oder ein über die zur Gründerung stehenden Fragen besonders unterrichtetes Mitglied der Betriebsvertretungen an den Besichtigungen und Besprechungen zu beteiligen.

### Mitwirkung der Betriebsräte bei Roststandarbeiten.

Un der Auffassung meines Verteidiges I A 900 vom 31. März 1920 (Reichs-Arbeitsblatt I [R. A.] Nr. 1 S. 14), wonach das Betriebsratgesetz grundsätzlich auch auf Roststandarbeiten Anwendung findet, halte ich auch heute noch fest. Hinsichtlich der Anwendbarkeit der Par. 84 und 96 B.R.G. darf ich aber darauf aufmerksam machen, daß der Arbeitsvertrag des Roststandarbers regelmäßig bestreitet sein wird, so daß eine Rü